

Die Deutschen sparen zu wenig

Die Bundesbürger unterschätzen die Folgen der zukünftig sinkenden Renten und der steigenden Lebenserwartung massiv.

Dies ergab eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Altersvorsorge (Dia), das der Deutschen Bank nahe steht. „Bei realistischer Einschätzung der Lebenserwartung werden 59 Prozent aller Haushalte die entstehende Rentenlücke mit dem heutigen Sparverhalten nicht füllen können“, erklärte der Mitautor Professor Axel Börsch-Supan laut dem Institut.

Versicherte unterschätzen eigene Lebenserwartung

Im Durchschnitt werde die tatsächliche Lebenserwartung um fünf bis sieben Jahre unterschätzt. Die Lebenserwartung liege für Männer aktuell bei 81,6, für Frauen bei knapp 87,5 Jahren. In der Konsequenz verlängere sich die durchschnittliche Renten-Bezugsdauer für Männer auf 17,4 Jahre und für Frauen auf gut 24 Jahre.

Bisherige Dauer des Rentenbezugs in Jahren (*Quelle: Süddeutsche Zeitung*)

Bezugsdauer im Jahr	Männer	Frauen
1960	9,6	10,6
1980	11	13,8
2000	13,9	18,9
2003	14,3	19,3
Gesamtanstieg	49 Prozent	82 Prozent

Das Absenken des Nettorentenniveaus durch die Rentenreformen von 2001 und 2004 führte zu einer Lücke von durchschnittlich 150 Euro monatlich im ersten Rentenbezugsjahr. (...)

Dieser Trend der sinkenden Renten setzt sich nach Experten-Meinung fort. Hauptgrund dafür ist die „alternde Gesellschaft“ – dafür sind zwei Entwicklungen verantwortlich: Die Alten werden immer älter, gleichzeitig kommen immer weniger Kinder auf die Welt. (...)

Das weitere Absinken der staatlichen Rente ist laut der Studie deshalb besonders dramatisch, weil rund ein Drittel der späteren Ruheständler über kein Finanzvermögen verfügt und dies in der Zukunft auch nicht aufbauen wird. Damit fehlten gerade den besonders Betroffenen die finanziellen Möglichkeiten, das Minus der staatlichen Rente

privat auszugleichen.

Deshalb forderte Börsch-Supan Konsequenzen und plädierte für ein „Opting-Out“-Modell bei der Entgeltumwandlung. Damit ist eine zusätzliche private Altersvorsorge gemeint, die bei jedem Beschäftigungs-Verhältnis automatisch in Kraft tritt, wenn der Arbeitnehmer sich nicht dagegen ausspricht. Mit diesem Modell sind laut Börsch-Supan wesentlich mehr Bürger zu erreichen als mit Angeboten auf freiwilliger Basis.

Der vollständige Artikel erschien am 26. Oktober 2005 im Focus.